Informationen

<https://doi.org/10.1515/iwp-2020-2126>

COVID-19: Umfrage der Uni Hildesheim zum Informationsverhalten im deutschsprachigen Raum

Ein Forschungsteam, bestehend aus Prof. Dr. Thomas Mandl, Dr. Stefan Dreisiebner und Sophie März des Instituts für Informationswissenschaft und Sprachtechnologie der Universität Hildesheim führte eine Studie zum Informationsverhalten deutschsprachiger Bürgerinnen und Bürger während des COVID-19-Lockdowns im zweiten Quartal 2020 durch.

Der Fokus lag vor allem auf dem individuellen Empfinden der befragten Personen und deren veränderten Informationskonsum zu Beginn der Krise. Welche Kriterien legen Menschen an ihre Informationsquellen an und wie unterscheiden sich diese während der COVID-19 Pandemie zu einer herkömmlichen Situation? Insbesondere sollte erhoben werden, ob die Teilnehmenden wieder vermehrt zu klassischen Medien und seriösen Informationen tendieren. Ein weiterer Aspekt war der Umgang mit Fake News, die Reaktion auf deren Erhalt und die generelle Zufriedenheit mit der Informationsversorgung während der Krise.

Statistiken zeigten zu dem Zeitraum bereits den vermehrten Zugriff auf Onlinequellen wie deutschlandfunk.de oder ndr.de, aber auch spezielle Informationsseiten wie der WHO oder des Robert-Koch Instituts.

Methodisch wurde hier ein zweistufiges Verfahren herangezogen. Eine quantitative Datenerhebung in Form eines Online-Fragebogens erstreckte sich vom 12. April 2020 bis zum 17. Mai 2020. Die Ergebnisse der Umfrage und mögliche Veränderungen im Rahmen der COVID-19 Lockerungen wurden anschließend durch semi-strukturierte Interviews qualitativ ausgewertet und ergänzt. Zwei Forschende führten die Interviews anhand eines Interviewleitfadens durch. Eine zeitliche Diskrepanz der beiden Erhebungsmethoden ermöglichte das Erfassen von subjektiv wahrgenommenen Veränderungen vor, während und nach dem Lockdown.

Insgesamt nahmen 308 deutschsprachige Teilnehmende an der Online-Umfrage teil, zehn davon auch an den Interviews. Vor allem die Glaubwürdigkeit der Infor-

mation, die journalistische Qualität und die Herkunft der Nachrichten von offiziellen Quellen spielte für den Großteil der Befragten eine wichtige Rolle. Hauptgrund für die Informationssuche war ein generelles Bedürfnis nach einer zeitnahen Verfolgung der Gesamtsituation. Des Weiteren gab es ein Interesse an wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Krise und Einschränkungen bei Reisen. Unterschiede in der Mediennutzung waren abhängig von Alter, Bildung, der Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe und der Arbeit im Home-Office.

Die Krise an sich führte zu einem vermehrten Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso zeigte sich ein Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Zufriedenheit mit der Informationsversorgung. Wie die COVID-19-Krise das Informationsverhalten deutschsprachiger Bürgerinnen und Bürger beeinflusst, wird ausführlich in der nächsten Ausgabe von Information, Wissenschaft und Praxis ausgeführt.

Sophie März, Thomas Mandl, Stefan Dreisiebner
Universität Hildesheim
Institut für Informationswissenschaft und
Sprachtechnologie
Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim
dreisiebner@uni-hildesheim.de

FIZ Karlsruhe forscht zur Erkennung von versteckten mathematischen Plagiaten

FIZ Karlsruhe und die Bergische Universität Wuppertal werden in den nächsten drei Jahren in einem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Kooperationsprojekt Verfahren zur Erkennung verschleierte Plagiate in wissenschaftlichen Publikationen entwickeln. Beispielhaft werden dazu Veröffentlichungen in der Mathematik und Ingenieur-, Natur- und Technikwissenschaften auf Paraphrasen, Übersetzungen oder Ideenplagiate hin untersucht. FIZ Karlsruhe erforscht, wie potenziell verdächtige Ähnlichkeiten zwischen Dokumenten durch die Analyse mathematischer Ausdrücke, als text- und sprachunabhängige Merkmale, erkannt werden können. Dieser neue, konsequent mathematikbasierte Ansatz der Plagiatserkennung wird mit text- und zitatbasierten Ansätzen aus vorausgegangenen Forschungsaktivitäten kombiniert. Gerade derartige Analysen verschiedenster

Ähnlichkeitsmerkmale eignen sich besonders gut, um das breite Spektrum wissenschaftlicher Plagiatsformen erkennen zu können. Wissenschaft und Plagiatserkennungsdienstleister sollen so sehr sorgfältig verschleierte wissenschaftliche Plagiate transparenter machen können. Und der Transparenz fühlen sich FIZ Karlsruhe und die Bergische Universität Wuppertal auch in anderer Weise verpflichtet: Sie werden ihre Forschungsbeiträge in dem freien und quelloffenen Plagiatserkennungssystem HyPlag (www.hyplag.org) umsetzen und ihren Code sowie die Forschungsdaten offen zugänglich machen. Zusätzlich werden die gemeinsamen Forschungsbeiträge kontinuierlich mit den Editoren des renommierten Informationsservice zbMATH evaluiert. Weitere Informationen finden Sie auf der Produktwebsite von zbMATH unter www.zbm.math.org sowie auf unserer Webseite www.fiz-karlsruhe.de

Social Media: Jeder zweite Jugendliche unterstützt Corona-Kampagnen

Bei Teenagern aus Deutschland sind Social-Media-Kampagnen wie #WirBleibenZuhause oder #AllefürAlle äußerst beliebt. Mehr als die Hälfte der 16- bis 18-Jährigen hat eine solche Aktion bereits geliked, geteilt oder kommentiert, besonders dann, wenn sie durch populäre YouTuber und Instagrammer darauf aufmerksam gemacht werden. Dies sind Ergebnisse der repräsentativen Postbank Jugend-Digitalstudie 2020, für die 1.000 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren befragt wurden. Die Corona-Kampagnen vermitteln Jugendlichen vor allem ein Gefühl von Zusammenhalt, sagen zwei Drittel, dienen aber auch für mehr als die Hälfte der Information und zur Einschätzung der Lage. Besondere Reichweite erreichen unter den Social-Media-Kanälen WhatsApp und YouTube, die von rund 86 Prozent der Befragten genutzt werden, gefolgt von Instagram mit rund zehn Prozentpunkten weniger, Snapchat (56 Prozent) und TikTok (27 Prozent).

Jugendlichen nutzen aber durchaus auch die klassischen Medien, insbesondere, wenn es um aktuelle Nachrichten und Meinungsbildung geht. So vertrauen 59 Prozent der Teenager auf die Online-Nachrichten seriöser Medien wie spiegel.de oder ard.de. Das ist ein Anstieg um sechs Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Darüber hinaus verlässt sich annähernd die Hälfte auf die Berichterstattung von Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und Fernsehbeiträgen. Social-Media-Plattformen schnei-

den deutlich schlechter ab. Nur jeder Vierte hat bei YouTube-Clips keinerlei Bedenken. Beiträge auf Instagram stellen zwölf Prozent nicht infrage. Bei Twitter-Posts sind es sogar lediglich sechs Prozent und bei Facebook drei Prozent.

Weitere Informationen unter: https://www.postbank.de/postbank/pr_presseinformation_2020_07_20-studie-je-der-zweite-jugendliche-unterstuetzt-corona-kampagnen-in-sozialen-medien.html

Verbrechen der Gestapo werden digital sichtbar

Ziel des Projekt „Orte des Gestapoterrors im heutigen Niedersachsen“, das die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und die TIB–Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften gemeinsam durchführen, stehen die Orte des Gestapoterrors im Bereich des heutigen Landes Niedersachsen. Gefördert wird das Projekt vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) im Rahmen des Förderprogramms PRO*Niedersachsen aus dem Niedersächsischen Vorab der Volkswagen Stiftung.

Anhand von Standorten und Infrastruktur soll nicht nur die Tätigkeit der Gestapo erforscht, sondern auch das Wissen über deren Verbrechen und die spätere Erinnerung daran digital zugänglich gemacht werden. Als kulturelles Erbe Niedersachsens werden dabei insbesondere Gedenkstättensammlungen, themenspezifische Archivbestände und Baudenkmale erschlossen und erforscht. Die während der NS-Zeit mehrfach wechselnden Standorte der Gestapo und die heutigen Erinnerungsorte werden in einer vierdimensionalen digitalen Landkarte – mit orts- und zeitbezogenen Daten – dargestellt. Dabei sollen Datensätze zu historischen Stätten, Institutionen und Ereignissen verlinkt werden, die in frei zugänglichen Datenbanken wie dem Digitalen Denkmalatlas Niedersachsen, Wikidata, Wikimedia Commons, Pelagios Commons und Open Street Map hinterlegt sind. Hinzu kommen Objekte und Beschreibungen auf den Webseiten der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und einzelne niedersächsische Erinnerungsorte, wie die Verortung der ehemaligen Gestapo-Dienstsitze im Stadtraum Braunschweigs.

Die Forschungsergebnisse werden auf der Webseite des Projektes öffentlich zugänglich gemacht. Das Projekt ist Teil des neuen Open-GLAM-Schwerpunkts des Open Science Lab (OSL) der TIB und wird im Oktober zeitgleich mit der ebenfalls gerade bewilligten Nationalen Forschungsdateninfrastruktur zu materiellen und immateriellen

len Kulturgütern (NFDI4Culture) starten. Im Rahmen des von der TIB koordinierten Kultur-Hackathons „Coding da Vinci“ im Oktober 2020 finden hierzu gezielte Weiterbildungsmaßnahmen statt. Nach dem erfolgreichen Aufbau der geplanten Plattform sollen dann Bürgerinnen und Bürger als angemeldete Nutzerinnen und Nutzer im Sinne von „Citizen Science“ kontinuierlich weitere Informationen in die Plattform einpflegen. Weitere Informationen unter <https://www.tib.eu/de/service/aktuelles/detail/spuren-der-vergangenheit-verbrechen-der-gestapo-digital-sichtbar-machen>

Digitalisierung im Bildungsbereich zu wenig genutzt

Der 8. nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“ ist erschienen. Er wird als systematische Bestandsaufnahme des gesamten Bildungswesens alle zwei Jahre auf Basis von amtlichen Statistiken sowie sozialwissenschaftlichen Daten und Studien erstellt und macht auf neue Akzentuierungen aufmerksam. In dieser Ausgabe konzentriert sich der Bildungsbericht in seinem Schwerpunktkapitel auf die Bildung in einer digitalisierten Welt. Er unterstreicht die Potenziale der Digitalisierung, verweist aber zugleich auf noch bestehende Herausforderungen, die durch die Coronavirus-Pandemie besonders deutlich wurden.

So können nicht alle Menschen die digitalen Möglichkeiten gleichermaßen nutzen. Stand und Erwerb digitaler Kompetenzen, wie auch der Medien-Zugang sind von der sozialen Herkunft abhängig. Dazu besteht eine große Diskrepanz zwischen der immer selbstverständlicheren Nutzung im privaten Alltag und dem sehr unterschiedlichen Einsatz im Bildungsbereich und -einrichtungen. Die Bereitstellung der Infrastruktur und Technik allein genügt nicht. Es braucht Konzepte, um digitale Technologien entlang der gesamten Bildungsbiografie didaktisch sinnvoll einzusetzen. Ebenso wird digitale Technik noch nicht systematisch in der Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals eingesetzt. Die Nutzung digitaler Medien in den Bildungsinstitutionen und -kontexten muss anwendungsorientierter und strukturierter erforscht und die Ergebnisse in die pädagogische Praxis zu überführt werden.

Der Bericht arbeitet zudem viele übergreifende Entwicklungen im gesamten Bildungswesen heraus. So zeigt sich der langjährige Trend zu größerer Bildungsbeteiligung und höheren Abschlüssen immer stärker im Bildungsstand der Gesamtbevölkerung. Jedoch stößt die Ent-

wicklung an Grenzen. Die Quote der allgemeinen und der Fachhochschulreife geht zurück (2014: 53 Prozent; 2018: 50 Prozent) und mehr Jugendliche verlassen die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss (2014: 5,8 Prozent; 2018: 6,8 Prozent). Die steigende Anzahl gering Qualifizierter, darunter mehr junge Männer als Frauen, erhöht die Notwendigkeit ein Mindestmaß an Bildung zu vermitteln, um eine langfristige Verschlechterung der Lebensperspektiven auch der nachfolgenden Generationen zu vermeiden. Die Durchlässigkeit im Bildungssystem hat sich weiter erhöht, da Abschlüsse weniger an Schularten gekoppelt und früh zu treffende Bildungsentscheidungen, z. B. die Wahl der weiterführenden Schule, leichter korrigiert werden können. Auch die berufliche Ausbildung eröffnet mehr Möglichkeiten der höheren Qualifizierung, und Erwachsene nutzen verstärkt die Möglichkeiten der Weiterbildung im Beruf. Ein Beispiel für diesen Trend insgesamt ist die gestiegene Anzahl derer, die zu studieren anfangen ohne schulische Studienberechtigung (2000: 0,4 Prozent; 2018: 3,5 Prozent).

Als zentrale Herausforderungen benennt der Bildungsbericht einen stetigen Aus- und Umbau der Bildungsinstitutionen. Diese müssen vermehrt als Ort der Kooperation aller Beteiligten wahrgenommen werden. Dazu muss das pädagogische Personal zukunftsorientiert und gezielt ausgebildet, qualifiziert und kontinuierlich gefördert werden, auch weil immer mehr Personen unter sonst unüblichen Bedingungen Lehr- und Betreuungsaufgabe übernehmen. Ebenso gilt es ein für alle Bildungsbereiche geltendes gemeinsames Verständnis von qualitativ hochwertiger Bildung und damit auch Maßstäbe für die Integration digitaler Medien zu entwickeln.

Weitere Informationen und der gesamte aktuelle Bericht: www.bildungsbericht.de

GfdS rät von Gendersternchen ab

Bibliothekar*innen, Professor*innen, Kolleg*innen, Arbeitgeber*innen: Das Gendersternchen verbreitet sich immer stärker – und steht als Wort auch im neuen Duden. In die kontrovers geführte Debatte um Sprache hat sich inzwischen die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) eingeschaltet. Der Kern der ausführlich begründeten Botschaft: Man trete für eine Sprache ein, die nicht diskriminiere. rate aber dringend von der Nutzung des Sternchens ab. Es sei weder mit den Regeln der deutschen Grammatik noch mit denen der Rechtschreibung vereinbar. Als Beispiele nennen die Fachleute, dass durch das Sternchen Formen entstehen können, die grammatisch falsch sind:

- Ärzt*in – hier entsteht eine falsche maskuline Form: „Ärzt“
- Bauer*in – falsche feminine Form „Bauerin“
- Kolleg*in – unvollständige maskuline Form „Kolleg“

Problematisch werde es auch, wenn Artikel oder attributive Adjektive hinzukämen, wie bei: Wir suchen einen begeisterten Teilnehmer*in für ein Interview. Noch mehr Gendersternchen würden aber die „Lesbarkeit eines Textes erheblich“ einschränken: Wir suchen eine*n begeisterte*n Teilnehmer*in für ein Interview.

Was die GfdS auch bemängelt: Es wird nicht nur das Gendersternchen benutzt, sondern es kommen auch andere Varianten zum Zweck einer diskriminierungsfreien Sprache zum Einsatz. Das führe zu einer uneinheitlichen Rechtschreibung. So nutze die Stadtverwaltung Lübeck etwa einen Genderdoppelpunkt: Mitarbeiter:innen, Schüler:innen. Es ist zudem unklar, wie Bezeichnungen mit Gendersternchen eigentlich ausgesprochen werden sollen. Mit einer kurzen Sprechpause? Dies würde nicht den Aussprachenormen entsprechen. Unter Auslassung des Sternchens als feminine Form – „Leserin“? Das wäre wiederum nicht gendergerecht. Fazit: „Die GfdS rät daher ausdrücklich davon ab, das Gendersternchen und ähnlich problematische Formen zu verwenden.“

Doch was ist die Alternative? „Eine Lösung haben wir noch nicht“, sagt GfdS-Geschäftsführerin Andrea-Eva Ewels. „Wir sitzen auch im Rat für deutsche Rechtschreibung, er befasst sich seit geraumer Zeit mit Möglichkeiten, die Geschlechter sichtbar zu machen.“ Die bisher letzte Veröffentlichung des Rates dazu stammt vom November 2018. Dort heißt es, die Entwicklung stehe am Anfang. Und: Geschlechtergerechte Texte sollten verständlich, lesbar und vorlesbar sein. Mit Blick auf das Gendersternchen, Genderunterstrich beziehungsweise Gendergap (Polizist_innen) oder den Genderdoppelpunkt (Polizist:innen) sagt Ewels: „Da hat sich einiges verselbstständigt. Wir haben eine normierte Rechtschreibung, die auch in der Schule gelehrt wird – da ist das nicht vorgesehen.“ Die Lösung des Problems, nach der weitergesucht werde, könnte auf mehrere Varianten zielen. Eine könnte das Partizip sein: Studierende, Mitarbeitende.

Erstmals gibt es im neuen Duden drei Seiten mit Hinweisen zu gendergerechter Sprache. Dort heißt es: „Das Deutsche bietet eine Fülle an Möglichkeiten, geschlechtergerecht zu formulieren. Es gibt dafür allerdings keine Norm.“ Der Duden gibt einen Überblick über verschiedene Optionen. Aufgelistet sind etwa die Doppelnennung (Kolleginnen und Kollegen) oder der Schrägstrich (Direktor/-in). Einige Schreibweisen sind nicht vom „amtlichen Regelwerk“ abgedeckt; etwa der Genderstern, der Gender-

unterstrich, der Genderdoppelpunkt und das Binnen-I (SchülerInnen), Schreibweisen, die wir auch in der IWP vermeiden.

Unsichere Router

Der WLAN-Router ist die Schaltzentrale des heimischen Netzwerks und zuständig für die Internetversorgung in den eigenen vier Wänden. Auch Smart-Home-Geräte von Sicherheitskameras über Heizanlagen bis hin zu Schließsystemen werden über Router gesteuert und verwaltet. Laut einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom haben bereits rund 30 Prozent der Deutschen in ihrem Zuhause eine Smart-Home-Anwendung installiert. Diese zentrale Rolle und der rasant steigende Einsatz solcher Anwendungen macht den Router zu einem beliebten Ziel für Cyberkriminelle. Bei dem oftmals laschen Umgang von Anwendern mit der Passwort-Sicherheit wundert es nicht, dass Angriffe zunehmen. Sowohl die Administrationsoberfläche als auch das WLAN-Netzwerk eines Routers werden jeweils durch ein Passwort geschützt. Keinesfalls sollte das Kennwort genutzt werden, das der Hersteller mit dem Gerät ausgeliefert hat. Ein gutes Router-Passwort sollte mindestens 8 bis 12 Zeichen lang sein. Anwender sollten sich einen Satz überlegen, der mindestens eine Zahl enthält, und sich gut merken lässt. Zum Beispiel: „Am liebsten esse ich Pizza mit vier Zutaten und extra Käse!“. Nimmt man nun den ersten Buchstaben eines jeden Wortes ergibt dies: AleiPm4Z+eK!, ein sicheres Passwort.

Die Jenaer ESET Deutschland GmbH hat Daten ihres Netzwerk-Scanners ausgewertet und festgestellt, dass mehrere Tausend der über 100.000 gescannten Geräte Standard-Passwörter benutzen, wie admin, root, 1234, guest u. a. Der ESET Netzwerk-Scan ermöglicht es, die verbundenen Geräte im Heimnetzwerk zu identifizieren und potenzielle Schwachstellen zu entdecken. Unter anderem prüft die Technologie dabei Router auf bekannte Sicherheitslücken und checkt deren Passwort-Sicherheit. Als Handreichung gibt ESET folgende sechs **Tipps für einen sicheren Router:**

Firmware aktuell halten: Aktualisierungen bringen in vielen Fällen neue Funktionen und schließen Sicherheitslücken. Wenn möglich, sollten automatische Updates im Menü des Routers aktiviert oder regelmäßig nach Aktualisierungen gesucht werden.

Fernzugriff deaktivieren: Mit dem Fernzugriff öffnen Anwender Ports auf ihrem Gerät. Zwar bringt diese Funktion zahlreiche Vorteile, doch Hacker erhalten dadurch auch einen weiteren Angriffspunkt. Der Fernzugriff sollte daher deaktiviert bleiben.

Zwei-Faktor-Authentifizierung (2FA) aktivieren:

Moderne Router bieten die Möglichkeit, 2FA zu aktivieren. Werden Einstellungen verändert, müssen diese durch eine weitere Quelle verifiziert werden. Diese Bestätigung kann mit dem Drücken einer bestimmten Taste am Gerät oder mit dem Telefon erfolgen.

WLAN-Passwort ändern: Die beste Verschlüsselungsmethode ist nutzlos, wenn das dazugehörige Passwort leicht zu erraten ist. Insbesondere bei den Standard-Passwörtern, die werksseitig festgelegt sind, besteht die Gefahr, dass Hacker mittels spezieller Programme bekannte Passwörter automatisch durchtesten.

WPS-PIN abschalten: Wi-Fi Protected Setup (WPS) ist ein Standard zum schnellen Aufbau eines verschlüsselten WLAN-Netzwerks. Anwender benötigen hierzu lediglich eine PIN, die auf dem Gerät abzulesen ist. Diese Funktion sollte deaktiviert werden, weil sie leicht zu knacken ist.

Netzwerknamen ändern: Nutzer sollten ihrem WLAN einen neuen Namen (SSID) geben. Der voreingestellte enthält oft Herstellernamen und Gerätetyp. Angreifer können so direkt nachschauen, ob es bekannte Schwachstellen des Routers gibt. www.eset.com/de

Infografiken verdecken den Blick aufs Wesentliche

In den vergangenen Monaten haben sich Dashboards – interaktive grafisch aufbereitete Übersichtswebsites – als Standard zur Darstellung von Infektionsraten, Todesfällen und Verbreitungsmustern durchgesetzt. Das ist problematisch, wie der Humangeograph Prof. Dr. Jonathan Everts von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) in einem Kommentar für die Fachzeitschrift „Dialogues in Human Geography“ schreibt. Darin kritisiert er den Umgang mit den Programmen und zeigt auch, welche Aspekte der Pandemie durch sie unberücksichtigt bleiben.

Während der Corona-Pandemie hat sich die „COVID-19 Map“ der Johns-Hopkins University in den USA als Standard etabliert. Die Daten dafür werden nahezu in Echtzeit aktualisiert und sind für jeden einsehbar. Das sei

ein Problem, so Everts, weil diese Websites nicht mehr nur von Gesundheitsbehörden genutzt werden, sondern von vielen Menschen weltweit. Allerdings mangle es häufig an einer genauen oder allgemein verständlichen Erklärung, wie diese Zahlen zustande kommen, sagt Everts. „Diese Werte sind eigentlich zu komplex, als dass man sie einfach so verwenden sollte. Dadurch entstehen vereinfachte Erklärungen für sehr komplexe Phänomene“, kritisiert er.

Ein Beispiel hierfür seien die Sterberaten, die regional unterschiedlich sein können. „Diese Unterschiede lassen sich nicht allein durch die lokal getroffenen Gesundheits- und Präventionsmaßnahmen erklären, was Dashboards aber durch ihre geographische Darstellung erst einmal nahelegen“, sagt Everts. Für eine bessere Ursachenanalyse bedürfe es einer differenzierten Betrachtung der regionalen und demografischen Besonderheiten, die in Dashboards aber in der Regel gar nicht abgebildet werden können. Sie geben zum Beispiel keine Information darüber, in welchen gesellschaftlichen Gruppen und an welchen Orten sich das Virus lokal besonders schnell ausbreitet. Diese Information seien aber nötig, um geeignete Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu treffen.

Durch den Fokus auf einzelne Kennwerte, wie sinkende Fallzahlen, könnte zudem schnell der falsche Eindruck entstehen, die Krise sei zügig ausgestanden. Dabei geraten jedoch die möglichen langfristigen negativen Folgen der Pandemie und ihrer Bekämpfung aus dem Blick. Auch dass Menschen aus Angst vor einer Infektion mit dem neuartigen Coronavirus womöglich Routineterminen bei Fachärzten nicht wahrgenommen hätten, könnte mittelfristig zu Problem führen, etwa bei zu spät diagnostizierten Herzinfarkten oder Bluthochdruck. So blieben gesellschaftliche Ungleichheiten verborgen, die durch die Pandemie noch weiter verstärkt oder ganz neu erschaffen werden könnten.

Everts plädiert für einen differenzierteren und vorsichtigen Umgang mit den Kenngrößen und Dashboards im Allgemeinen. (Everts, J. The dashboard pandemic. *Dialogues in Human Geography* (2020). <https://doi.org/10.1177/2043820620935355>)

Quelle: DeutschesGesundheitsPortal